
Inhaltsverzeichnis
Table des matières
Indice
Register dal cuntegn

Editorial / Editorial / Editoriale / Editorial 1

1. Die Konferenz der Kantonsregierungen: ein strategisches Instrument im Dienste des kooperativen Föderalismus

La Conférence des gouvernements cantonaux: un instrument stratégique au service du fédéralisme coopératif

La Conferenza dei governi cantonali: uno strumento strategico al servizio del federalismo cooperativo

La Conferenza da las regenzas chantunalas: in instrument strategic en il servetsch dal federalissem cooperativ

PASCAL BROULIS

Faire vivre le fédéralisme	11
Den Föderalismus mit Leben erfüllen	17
Far vivere il federalismo	23
Dar vita al federalissem.....	29

2. Meilensteine der letzten 20 Jahre

Jalons au cours des vingt dernières années

Punti salienti degli ultimi 20 anni

Terms impurtants dals ultims 20 onns

THOMAS PFISTERER

Die Verfassungsreform 1994–1999 und die Etablierung der KdK.....	37
---	----

PETER SCHÖNENBERGER

Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen.....	43
---	----

MARKUS NOTTER

Bundesgesetz über die Mitwirkung der Kantone in der Aussen- politik	47
--	----

LUIGI PEDRAZZINI

Referendum dei cantoni contro il «pacchetto fiscale»	51
--	----

LORENZ BÖSCH

Haus der Kantone.....	55
-----------------------	----

WERNER LUGINBÜHL

Tripartite Zusammenarbeit.....	59
--------------------------------	----

3. Herausforderungen und Perspektiven

Enjeux et perspectives

Sfide e prospettive

Sfidas e perspectivas

MATTHIAS MICHEL UND DANIEL FÄSSLER

Institutionelle und föderale Herausforderungen angesichts
der europapolitischen Entwicklung 65

REGINE AEPPLI UND HANS-JÜRGEN KÄSER

Spannungsfeld Wettbewerbsfähigkeit–Solidarität 73

ROLAND BROGLI UND BARBARA JANOM STEINER

Die Finanzierung des Staates im Lichte von Einnahmen-
risiken und wachsenden Ausgaben, Lastenverschiebungen
und Schuldenproblematik 79

Mutations dans l'espace et défis territoriaux: deux points de vue

BEAT VONLANTHEN

Collaboration intercantonale: le fédéralisme coopératif demeure la
solution d'avenir 85

NORMAN GOBBI

La singularité du Tessin dans le contexte territorial suisse 88

4. Gastbeiträge

Contributions de nos invités

La parola ai nostri invitati

Contribuziuns ospitantas

UELI MAURER

Die KdK als strategischer Partner des Bundesrates 95

FILIPPO LOMBARDI

Il federalismo, modello svizzero per il futuro 99

PASCAL SCIARINI

Le rôle de la CdC dans la représentation des intérêts des cantons face à la Confédération..... 103

BERNHARD WALDMANN

Die Rolle der KdK in der Interessenvertretung der Kantone gegenüber dem Bund..... 107

RENÉ ZELLER

Nicht nur Freude herrscht..... 111

ROGER DE WECK

Die SRG – den Kantonen und dem Föderalismus verpflichtet 115

KARL-HEINZ LAMBERTZ

Die Kantone aus europäischer Sicht..... 117

Autorenverzeichnis
Liste des auteurs
Eleco degli autori
Register dals auturs

REGINE AEPPLI

Regierungsrätin des Kantons Zürich, Vizepräsidentin der EDK,
Mitglied Leitender Ausschuss KdK 2011–2012

LORENZ BÖSCH

alt Regierungsrat des Kantons Schwyz, Präsident der KdK von
2006–2009, Mitglied Leitender Ausschuss KdK von 2004–2009

ROLAND BROGLI

Landstatthalter des Kantons Aargau, Mitglied Leitender Ausschuss
KdK seit 2011

PASCAL BROULIS

Conseiller d'Etat du Canton de Vaud, président de la CdC depuis 2010

ROGER DE WECK

Generaldirektor der SRG SSR

DANIEL FÄSSLER

Regierender Landammann des Kantons Appenzell Innerrhoden,
Nationalrat, Mitglied Leitender Ausschuss KdK seit 2010

NORMAN GOBBI

Conseiller d'Etat de la République et Canton du Tessin, ancien
conseiller national, membre du Bureau CdC depuis 2011

BARBARA JANOM STEINER

Regierungsrätin des Kantons Graubünden, Mitglied Leitender
Ausschuss KdK seit 2012

HANS-JÜRIG KÄSER

Regierungsrat des Kantons Bern, Präsident der KKJPD, Mitglied
Leitender Ausschuss KdK seit 2008

KARL-HEINZ LAMBERTZ

Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

FILIPPO LOMBARDI

Presidente del Consiglio degli Stati

WERNER LUGINBÜHL

Ständerat, alt Regierungsrat des Kantons Bern, Mitglied Leitender Ausschuss KdK von 1999–2008, Präsident der TAK von 2003–2006

SANDRA MAISSEN

Generalsekretärin KdK

UELI MAURER

Bundespräsident

MATTHIAS MICHEL

Regierungsrat des Kantons Zug, Präsident der KdV, Mitglied Leitender Ausschuss KdK seit 2009

MARKUS NOTTER

alt Regierungsrat des Kantons Zürich, alt Präsident der KKJPD, Mitglied Leitender Ausschuss KdK von 2002–2011

LUIGI PEDRAZZINI

ex Consigliere di Stato della Repubblica e Cantone Ticino, presidente della CdC 2002–2005, membro del comitato dirretivo della CdC 2000–2011

THOMAS PFISTERER

alt Regierungsrat des Kantons Aargau, alt Bundesrichter, alt Ständerat, erster Präsident der KdV von 1992–1997, Mitglied Leitender Ausschuss KdK von 1997–2000

PETER SCHÖNENBERGER

alt Regierungsrat des Kantons St. Gallen, alt Präsident der KdK von 1999–2001 und deren NFA-Delegierter von 2002–2007

PASCAL SCIARINI

Prof. Dr., Département de science politique et relations internationales,
Université de Genève

BEAT VONLANTHEN

Conseiller d'Etat de l'Etat de Fribourg, président de la CDEn,
Membre du Bureau CdC depuis 2011

BERNHARD WALDMANN

Prof. Dr., Ordinarius für Staats- und Verwaltungsrecht, Institut für
Föderalismus, Universität Freiburg i. Ue.

RENÉ ZELLER

Stellvertretender Chefredaktor und Inlandchef der Neuen Zürcher
Zeitung NZZ

Editorial

Staatsrat PASCAL BROULIS, Präsident KdK und SANDRA MAISSEN, Generalsekretärin

Am 8. Oktober 1993 gründeten die 26 Kantonsregierungen eine gesamtschweizerische Regierungskonferenz. Die zunehmende Internationalisierung der Politik und insbesondere die Vorbereitungen für einen Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) hatten den Kantonen den konkreten Anstoss gegeben, ihr Auftreten zu koordinieren, um die Wahrnehmung der kantonalen Interessen im Bundesstaat zu stärken.

Seit 20 Jahren repräsentiert die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) die 26 Mikrostaaten als konstituierende Elemente des Schweizerischen Bundesstaates und tritt für die Erneuerung und Weiterentwicklung des Föderalismus ein. Im Geiste einer echten Partnerschaft setzt sie sich für die Mitwirkung der Kantone an der politischen Willensbildung auf Bundesebene sowie für die Interessenvertretung gegenüber dem Bund ein. Die KdK verteidigt die kantonalen Interessen in der Aussen- und Europapolitik, aber auch bei innenpolitischen Themen von institutioneller und bereichsübergreifender Tragweite.

Die KdK fördert die Meinungsbildung unter den Kantonen und ermöglicht eine erfolgreiche Konsolidierung ihrer Position. Entsprechend hat sie sich in den 20 Jahren seit ihrer Gründung als wesentlicher Player in der institutionellen Landschaft der Schweiz etabliert. Die Realisierung des Hauses der Kantone in Bern, das seit 2008 die Generalsekretariate zahlreicher interkantonaler Konferenzen beheimatet, kann als Symbol für das neue Selbstbewusstsein verstanden werden, mit dem die Kantone ihre Mitsprache in der Bundespolitik einfordern und ihre Interessen einbringen.

Ein zentrales Moment für die Etablierung der KdK als ernstzunehmende Einrichtung des Schweizerischen Bundesstaates war ohne Zweifel das erfolgreiche Kantonsreferendum gegen das Steuerpaket 2004. Zu dieser Zeit war man ausserdem schon mitten in den Vorbereitungen eines weiteren Meilensteins – der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA), einer Reform des Schweizerischen Föderalismus, mit der die Stellung der Kantone im Bundesstaat massgeblich gestärkt wurde. Wesentlich waren dabei die Festlegung des Grundsatzes der Subsidiarität (Föderalismus von unten nach oben) und der fiskalischen Äquivalenz (Wer von einer Leistung profitiert, bezahlt dafür und wer bezahlt, kann mitentscheiden). Und nicht zu vergessen: Bereits um die Jahrtausendwende war mit der Totalrevision der Bundesverfassung (1999), bei deren Ausgestaltung die erst neu gegründete KdK eine wichtige Rolle spielte, der kooperative Föderalismus neu konzipiert

worden. Die besondere Stellung der Kantone wurde in der neuen Bundesverfassung hervorgehoben und ihre Mitwirkungsrechte wurden konkretisiert.

Angesichts der vielen Herausforderungen unterschiedlicher Natur für den Föderalismus in der Schweiz ist eine starke Stimme der Kantone heute wichtiger denn je. Mit der zunehmenden Internationalisierung der Politik gerät der Gestaltungsspielraum der Kantone mehr und mehr unter Druck. Weil sich das Leben der Menschen immer mehr in funktionalen Räumen abspielt, sind die Kantone gezwungen, über politische Grenzen hinweg nach Lösungen zu suchen. Und schliesslich sind auch die finanzpolitischen Herausforderungen nicht zu übersehen; es ist ein Balanceakt zwischen Solidarität und Wettbewerb gefragt, damit alle Kantone für einen fairen Lastenausgleich eintreten können.

Die Beiträge in der vorliegenden Jubiläumsschrift sprechen eine deutliche Sprache: Der Schweizerische Föderalismus ist kein starres Gebilde, wie die letzten 20 Jahre eindrücklich beweisen. Er ist im Gegenteil flexibel, bezieht alle wichtigen Akteure mit ein und gewährleistet langfristige, bürgernahe Lösungen. Dabei wird indes vorausgesetzt, dass Unterschiede möglich und akzeptiert sind. Das föderalistische System der Schweiz muss aber auch immer wieder überprüft werden. Innovative Antworten auf neue Herausforderungen sind in verschiedenen Politikbereichen zu fördern. Wichtig ist, dass sie demokratisch abgestützt sind. Die KdK soll – zusammen mit ihren Partnern auf Bundes- und Gemeindeebene – auch künftig eine zentrale Rolle spielen bei der Suche nach kreativen und tragfähigen Lösungen.

Wir danken den Autorinnen und Autoren für Ihre Beiträge und allen Personen, die an der Entstehung der Jubiläumsschrift mitgewirkt haben, für Ihre Unterstützung. Mit der vorliegenden Publikation wird ein vielfältiges, zuweilen kritisches, aber vor allem ein realistisches Bild der KdK und ihres Engagements zugunsten des Schweizerischen Föderalismus gezeichnet.

Editorial

PASCAL BROULIS, conseiller d'Etat et président de la CdC, et SANDRA MAISSEN, secrétaire générale

Le 8 octobre 1993, les 26 gouvernements cantonaux créaient une conférence gouvernementale à l'échelle nationale. Face à l'internationalisation croissante de la politique et suite aux travaux préparatoires liés à l'adhésion de la Suisse à l'Espace économique européen (EEE), les cantons se devaient de coordonner leur action en vue d'une meilleure prise en compte de leurs intérêts au sein de l'Etat fédéral.

Représentant les gouvernements des 26 micro-Etats ayant fondé la Suisse, la Conférence des gouvernements cantonaux (CdC) s'engage depuis 20 ans pour le renouvellement et le développement du fédéralisme. Dans un esprit partenarial, elle œuvre au renforcement de la participation des cantons et à la défense de leurs intérêts auprès de la Confédération, que ce soit en politique extérieure et en particulier européenne, ou sur les dossiers de politique intérieure de portée institutionnelle et transversale.

Facilitant la formation de l'opinion entre les cantons, la CdC leur permet de consolider leurs positions. Au fil des ans, la CdC s'est imposée comme un acteur central du paysage institutionnel suisse. L'ouverture de la Maison des cantons à Berne, qui abrite depuis 2008 les secrétariats généraux de nombreuses conférences intercantionales, représente le symbole d'une nouvelle conscience des cantons, qui revendiquent une meilleure association à la politique fédérale et veillent à défendre leurs intérêts.

Le succès du référendum des cantons contre le paquet fiscal 2004 fut le moment-clé pour la reconnaissance de la CdC en tant qu'acteur de poids au sein des institutions helvétiques. A cette même période, les travaux préparatoires de la Réforme de la péréquation financière et de la répartition des tâches (RPT) constituaient une nouvelle étape et une refonte du système fédéraliste suisse. La RPT devait déboucher sur un renforcement de la position des cantons au sein de l'Etat fédéral et établir les principes de la subsidiarité (fédéralisme de bas en haut) et de l'équivalence fiscale (qui profite d'une prestation paie et qui paie décide). Le rôle de la CdC, alors toute jeune, dans le cadre de la révision totale de la Constitution en 1999 constitue un autre fait notable. Œuvrant à une nouvelle conception du fédéralisme coopératif, sa contribution a permis d'inscrire dans la Constitution fédérale la position particulière et les droits de participation des cantons.

Au vu des nombreux défis qui se posent au fédéralisme en Suisse, il importe, aujourd'hui plus que jamais, que les cantons parlent d'une voix forte. Dans un contexte d'internationalisation croissante de la politique, la marge d'organisa-

tion des cantons est soumise à des pressions toujours plus fortes. Les activités de la population s'inscrivant de plus en plus dans des espaces fonctionnels, les cantons sont contraints de rechercher des solutions au-delà des frontières politiques. Enfin, on ne saurait ignorer les défis qui restent à relever en politique financière; c'est en trouvant un juste équilibre entre la solidarité et la concurrence que les cantons pourront se porter garants d'une compensation des charges équilibrée.

Comme vous pourrez le lire dans cet ouvrage, les 20 dernières années l'ont prouvé de manière éclatante: le fédéralisme suisse n'est pas une construction figée. Bien au contraire. Ce fédéralisme-là est empreint de souplesse, il englobe tous les acteurs importants et garantit des solutions à long terme, dans l'intérêt des citoyens. A condition toutefois que des différences soient possibles et qu'elles soient acceptées. Néanmoins, le système fédéraliste Suisse doit être régulièrement évalué. Il convient d'encourager les réponses innovantes à apporter aux nouveaux défis qui se présentent dans de nombreux domaines politiques. Des réponses qui ne sauraient se passer d'un fondement démocratique. La CdC, d'entente avec ses partenaires aux niveaux fédéral et communal, est appelée à poursuivre son rôle central dans la recherche de solutions créatives et porteuses d'avenir.

Nous remercions les auteurs pour leurs contributions à cette plaquette d'anniversaire ainsi que toutes les personnes qui ont participé à son élaboration. Le présent ouvrage dresse un portrait contrasté, parfois critique, mais surtout réaliste de la CdC et de son engagement en faveur du fédéralisme suisse.

Editoriale

*PASCAL BROULIS, Consigliere di Stato e Presidente della CdC,
e SANDRA MAISSEN, segretaria generale*

L'8 ottobre 1993, i 26 governi cantonali fondarono una conferenza governativa su scala nazionale. Di fronte alla crescente internazionalizzazione della politica e a seguito dei lavori preparatori legati all'adesione della Svizzera allo Spazio economico europeo (SEE), i Cantoni si sentirono spinti a coordinare le rispettive azioni per una maggiore presa in considerazione dei loro interessi in seno allo Stato federale.

Da 20 anni, la Conferenza dei governi cantonali (CdC), quale rappresentante dei 26 micro-Stati che costituiscono la Confederazione elvetica, s'impegna a favore del rinnovamento e dello sviluppo del federalismo. In uno spirito di partenariato, essa contribuisce al rafforzamento della partecipazione dei Cantoni e alla difesa dei loro interessi nei confronti della Confederazione, sia in ambito di politica estera e in particolare europea, sia nei dossier di politica interna aventi una portata istituzionale e trasversale.

Favorendo il processo di formazione dell'opinione tra i Cantoni, la CdC rende possibile il consolidamento delle loro posizioni. Nel corso degli anni, la CdC ha assunto un ruolo centrale nel paesaggio istituzionale svizzero. L'apertura della Casa dei Cantoni a Berna, che dal 2008 ospita i segretariati generali di numerose conferenze intercantionali, rappresenta il simbolo di una nuova coscienza dei Cantoni, che rivendicano un maggior coinvolgimento nella politica federale e vigilano sulla difesa dei propri interessi.

Il successo del referendum lanciato dai Cantoni contro il pacchetto fiscale 2004 ha segnato una svolta nel riconoscimento della CdC quale importante attore in seno alle istituzioni elvetiche. All'epoca, ci si apprestava già a porre le basi della nuova impostazione della perequazione finanziaria e della ripartizione dei compiti (NPC); una riforma del federalismo svizzero che doveva sfociare in un rafforzamento della posizione dei Cantoni in seno allo Stato federale e stabilire i principi della sussidiarietà (federalismo dal basso verso l'alto) e dell'equivalenza fiscale (chi beneficia di una prestazione paga e chi paga decide). Un'ulteriore aspetto notevole è il ruolo svolto dalla CdC nell'ambito della revisione totale della Costituzione federale (1999). Lavorando a una nuova concezione del federalismo cooperativo, essa ha contribuito a fissare nella Costituzione federale la particolare posizione e i diritti di partecipazione dei Cantoni.

Alla luce delle numerose sfide di vario genere cui è confrontato il federalismo in Svizzera, è importante, oggi più che mai, che i Cantoni si facciano sentire. In un contesto di crescente internazionalizzazione della politica, il margine

organizzativo dei Cantoni è sottoposto a pressioni sempre più forti. Vista la crescente tendenza della popolazione a vivere in spazi funzionali, i Cantoni sono costretti a cercare soluzioni che varchino le frontiere politiche. Non si possono infine ignorare le sfide da raccogliere in materia di politica finanziaria; è trovando un giusto equilibrio tra solidarietà e concorrenza che tutti i Cantoni potranno farsi garanti di un'equa compensazione degli oneri.

I contributi di quest'opuscolo parlano chiaro: gli ultimi 20 anni hanno dimostrato in maniera eclatante che il federalismo svizzero non è una struttura rigida. Al contrario, esso è improntato alla flessibilità, include tutti gli attori importanti e garantisce soluzioni a lungo termine, nell'interesse dei cittadini; a condizione, tuttavia, che vi possano essere delle differenze e che le stesse siano accettate. Nondimeno, il sistema federalista della Svizzera deve essere regolarmente esaminato. Vanno incentivate risposte innovative alle nuove sfide che si presentano nei differenti settori politici. Risposte che devono avere un fondamento democratico. La CdC, d'intesa con i suoi partner a livello federale e comunale, è chiamata a garantire il suo ruolo centrale nella ricerca di soluzioni costruttive e solide.

Si ringraziano gli autori per i loro contributi a quest'opuscolo commemorativo, nonché tutte le persone che hanno partecipato alla sua elaborazione. La presente pubblicazione stende un ritratto contrastato, a volte critico, ma soprattutto realista della CdC e del suo impegno a favore del federalismo svizzero.

Editorial

*Cusseglier guvernativ PASCAL BROULIS, president da la CdC
e SANDRA MAISSEN, secretaria generala*

Ils 8 d'october 1993 han las 26 regenzas chantunalas fundà ina conferenza da las regenzas da l'entira Svizra. L'internazionalisaziun creschenta da la politica ed en spezial las preparativas per ina participaziun da la Svizra al Spazi economic europeic (SEE) avevan dà l'impuls als chantuns da coordinar lur cumparsa per rinforzar la percepziun dals interess chantunals en il stadi federal.

Dapi 20 onns represchenta la Conferenza da las regenzas chantunalas (CdC) ils 26 microstadis sco elements constitutivs dal stadi federal svizzer e s'engascha per la renovaziun e per il svilup dal federalissem. En il senn d'in vair partenadi s'engascha ella per la cooperaziun dals chantuns al process da la furmaziun da la voluntad politica sin plaun federal sco er per la represchentanza dals interess dals chantuns envers la Confederaziun. La CdC defenda ils interess chantunals en la politica exteriura ed en la politica d'Europa, ma er en connex cun temas da la politica interna ch'èn d'ina impurtanza instituziunala ed interdisciplinara.

La CdC promova il process da la furmaziun da l'opiniun tranter ils chantuns ed als pussibiliteschas da consolidar cun success lur posiziun. Correspondentamain è ella s'establida en ils 20 onns dapi sia fundaziun sco «player» impurtant en la cuntrada instituziunala da la Svizra. La realisaziun da la Chasa dals chantuns a Berna, che dat alloschi dapi l'onn 2008 als secretariats generals da numerusas conferenzas interchantunalas, po vegnir chapida sco simbol per la nova conscienza da sasez, cun la quala ils chantuns pretendan lur cogestiun en la politica federala ed integreschan lur interess.

In mument central da la stabilisaziun da la CdC sco instituziun seriusa dal stadi federal svizzer è stà senza dubi il referendum dals chantuns ch'è vegni fatg cun success cunter il pachet da taglias l'onn 2004. Da quest temp eran ins gia vi da las preparativas per in auter term impurtant – la nova concepziun da la gulivaziun da finanzas e da la repartiziun da las incumbensas (NGF), ina refurma dal federalissem svizzer, cun la quala la posiziun dals chantuns è vegnida rinforzada decisivamain en il stadi federal. Essenzial è stà en quest connex ch'ins ha fixà il princip da la subsidiaridad (federalissem da sut ensi) e l'equivalenza fiscal (tgi che profita da la prestaziun, paja per quai e tgi che paja, po cundecider). Ed ins na dastga betg emblidar: Gia a la midada dal millenni era il federalissem cooperativ vegni concepì da nov grazia a la revisiun totala da la Constituziun federala (1999). La CdC ch'era gist vegnida fundada ha giugà ina rolla impurtanta tar sia concepziun. La posiziun speziala

dals chantuns è vegnida accentuada en la nova Constituziun federala e lur dretgs da cundecisiun èn vegnids concretisads.

En vista a las bleras sfidas da differenta natira per il federalissem en Svizra è ina vusch ferma dals chantuns oz pli impurtanta che mai. Cun l'inter-naziunalisaziun creschenta da la politica vegn la libertad da decider dals chantuns pli e pli sut squitsch. Perquai che la vita dals umans sa splega adina pli fitg en spazis funcziunals, èn ils chantuns sfurzads da tschertgar soluziuns che surpassan ils cunfins politics. E la finala na pon ins er betg ignorar las sfidas da la politica da finanzas; ina ballantscha tranter la solidaritad e la concurrenza è giavischada per che tut ils chantuns possian sustegnair ina gulivaziun da las grevezzas gista.

Las contribuziuns en questa publicaziun commemorativa discurran ina clera lingua: Il federalissem svizzer n'è betg ina structura inflexibla, sco ch'ils ultims 20 onns cumprovan en moda impressiunanta. Il cuntrari: el è flexibel, integrescha tut las acturas ed ils acturs impurtants e garantescha soluziuns a lunga vista che resguardan ils basegns da las burgaisas e dals burgais. Per quest intent vegni premess che differenzas sajan pussaivlas e vegnian acceptadas. Il sistem federalistic da la Svizra sto dentant adina puspè vegnir examinà. Respostas innovativas a las novas sfidas ston vegnir promovidas en differents secturs politics. Igl è impurtant ch'ellas hajan ina basa democratica. Ensemen cun sias partenarias e cun ses partenaris sin plaun federal e communal duai la CdC giugar er en il futur ina rolla centrala en la tschertga da soluziuns creativas e solidas.

Nus engraziain a las auturas ed als auturs per lur contribuziuns ed a tut las persunas che han gidà a realisar la scrittira da giubileum per lur sustegn. La publicaziun qua avant maun fa in maletg multifar, mintgatant critic, ma cunzunt realistic da la CdC e da ses engaschament a favur dal federalissem svizzer.

1. Die Konferenz der Kantonsregierungen: ein strategisches Instrument im Dienste des kooperativen Föderalismus

La Conférence des gouvernements cantonaux: un instrument stratégique au service du fédéralisme coopératif

La Conferenza dei governi cantonali: uno strumento strategico al servizio del federalismo cooperativo

La Conferenza da las regenzas chantunalas: in instrument strategic en il servetsch dal federalissem cooperativ

Faire vivre le fédéralisme

PASCAL BROULIS, conseiller d'Etat (VD), président de la CdC

Faire vivre le fédéralisme. Tel est l'objectif de la Conférence des gouvernements cantonaux (CdC).

En tant qu'entités constitutives de la Confédération, à laquelle ils ont délégué une part de leur souveraineté, les 26 cantons sont au cœur du fédéralisme. Dans une Suisse, caractérisée par une approche de bas en haut selon le principe de subsidiarité, nos micro-Etats disposent de compétences et de moyens financiers propres. Ils lèvent des impôts, afin de financer de nombreuses prestations dans des domaines aussi divers et importants que la formation, la santé ou encore la sécurité publique.

Afin de répondre efficacement aux défis internes et internationaux, les cantons doivent continuer à assumer leurs responsabilités et développer des stratégies inventives dans les domaines qui leur sont propres. Préserver les capacités d'innovation de ce laboratoire permanent qu'est le fédéralisme implique de questionner continuellement la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons. Cette réflexion doit prendre en compte les aspirations des citoyennes et citoyens, qui souhaitent légitimement un Etat efficace et efficient, mais également proches d'eux et à l'écoute de leurs besoins.

Pour promouvoir un fédéralisme dynamique, alors que la tendance à la centralisation se poursuit, pour éviter de passer d'un fédéralisme de participation à un fédéralisme d'exécution, il manquait un organe stratégique pouvant traiter des questions transversales complexes. Un organe capable d'assurer dans un premier temps l'information des cantons, puis la formation sûre de leur opinion et sa transmission en temps utile au niveau fédéral. La CdC remplit cette fonction, elle qui s'exprime au nom de l'ensemble des gouvernements cantonaux et défend auprès de la Confédération leur position consolidée.

Créé le 8 octobre 1993 suite au refus de l'Espace économique européen par le peuple et les Cantons, la CdC était en premier lieu destinée à renforcer la position des cantons en matière de politique extérieure. Rapidement, elle s'est également impliquée dans les sujets de politique intérieure de portée institutionnelle et transversale, parmi lesquels la réforme de la Constitution fédérale, celle de la péréquation financière et de la répartition des tâches (RPT), la politique des agglomérations ou encore celle de l'intégration des étrangères et étrangers.

La CdC en tant que plate-forme politique déterminante pour le processus de formation de l'opinion entre les cantons

La CdC n'a pas pour vocation de se placer au-dessus des différentes conférences des directrices et directeurs cantonaux (ci-après «conférences spécialisées»), et encore moins au-dessus des cantons. Elle remplit un rôle fondamental de coordination. Il s'agit pour elle d'organiser autant que possible le processus de formation de l'opinion des cantons et de doter les prises de position d'une forte légitimité. Afin de renforcer le poids de la position des cantons, il est notamment important d'éviter, sur un objet fédéral, d'éventuels avis divergents de différentes conférences intercantionales concernées.

Pour y arriver, la CdC a initié et mené à terme deux projets majeurs: l'élaboration d'une réglementation-cadre et l'implantation de la «Maison des cantons» dans la capitale fédérale.

La *«Réglementation-cadre sur la méthode de travail de la CdC et des Conférences intercantionales des directeurs concernant la coopération entre la Confédération et les cantons»* a été adoptée en 2001, révisée pour la première fois en 2006 et adaptée une nouvelle fois en 2012. Elle fixe les procédures déterminant en amont quelle conférence prend la responsabilité des différents dossiers et en fixe les conséquences.

Cette réglementation-cadre confie à la CdC l'élaboration des prises de position communes des cantons à l'attention de la Confédération. Pour être adoptée, une prise de position commune doit être approuvée par au moins 18 gouvernements cantonaux sur 26. Le droit d'un canton d'exprimer un avis divergent demeure réservé. Les conférences spécialisées peuvent également élaborer une prise de position, sauf s'il est prévu que celle-ci soit du ressort de la CdC.

Cette apparente simplicité repose sur un travail très important sur le plan technique, qui est coordonné par le secrétariat de la CdC. Il consiste à intégrer en amont les avis des différentes conférences concernées. Chacune d'entre elles peut déposer un co-rapport, ce qui lui permet de documenter aussi bien les administrations cantonales que la CdC sur les effets d'un projet fédéral. La professionnalisation progressive des secrétariats des différentes conférences est une opportunité pour les cantons, qui profitent ainsi d'analyses pointues sur des dossiers d'une complexité croissante.

Cette réglementation-cadre a permis de clarifier les rôles et de doter les positions consolidées des cantons d'une forte légitimité. Elles ne s'imposent toutefois pas à chaque canton pris individuellement. Ce n'est d'ailleurs pas souhaitable. L'édifice institutionnel de notre pays est composé de trois échelons éprouvés, soit les communes, les cantons et la Confédération. Il ne s'agit pas

de le complexifier encore en y ajoutant des échelons supplémentaires. Les Cantons sont et doivent rester les partenaires prioritaires de la Confédération.

La *Maison des cantons*, inaugurée le 1er juillet 2008 et sise à la Speichergasse 6 à Berne, a également permis de renforcer les collaborations entre les Conférences spécialisées et de faciliter l'émergence de positions intercantionales. Le rassemblement des secrétariats a conduit à de nouvelles synergies. Le contact avec les élus fédéraux et l'administration est plus direct. Ce dense réseau de relations permet d'anticiper les questions politiques et techniques. L'efficacité de l'action des cantons en a été notablement renforcée. Aujourd'hui, toutes les principales conférences intercantionales ont emménagé dans la Maison des cantons, aux côtés de la CdC: il s'agit des conférences des directrices et directeurs des finances, de l'économie publique, de l'instruction publique, de la justice et de la police, de la santé, des affaires sociales, des transports publics, des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de l'environnement, de l'énergie ou encore des forêts.

Les salles de séances sont intensivement utilisées non seulement par les organes intercantonaux, mais également par les cantons eux-mêmes. Leurs gouvernements y siègent régulièrement, notamment à l'occasion de leurs rencontres avec les élus fédéraux.

Initiée et concrétisée par la CdC, la Maison des cantons est un succès. Elle renforce l'action des cantons et leur confère une visibilité accrue au sein de la Berne fédérale.

La CdC en tant que représentante des intérêts des cantons face à la Confédération

La CdC s'est affirmée comme un partenaire incontournable de la Confédération, à tous les stades de l'élaboration des décisions.

Au stade de l'élaboration d'avant-projets, soit en amont du processus décisionnel, des structures de projets communes Confédération-cantons peuvent être instituées. Cela concerne les grands dossiers transversaux, par exemple la RPT. Ces structures, au sein desquelles la CdC et les conférences spécialisées concernées représentent les cantons, permettent d'identifier tôt les enjeux liés à de tels projets, et de préparer à temps les prises de décisions internes au sein des cantons.

Même sans structure de projet commune, les cantons peuvent, par le biais de la CdC ou les conférences spécialisées, être associés au stade de l'élaboration d'un avant-projet fédéral qui les touche en particulier. Le Département fédéral de justice et police a, par exemple, organisé en 2011 une préconsultation des

cantons, par le biais de la CdC, sur la révision partielle de la loi sur les étrangers touchant la politique d'intégration.

Dans la phase de consultation sur un projet fédéral, la CdC élabore les projets de prise de position des cantons en s'appuyant sur la Réglementation-cadre. En politique extérieure, la responsabilité des projets lui incombe et elle prend notamment position sur tout accord conclu entre la Suisse et l'Union européenne. En politique intérieure, elle empoigne les projets de portée institutionnelle et transversale. Là encore, la règle des 18 donne aux prises de position de la CdC une forte légitimité.

Concrètement, le rôle de la CdC a notamment été décisif dans l'évolution des dossiers suivants: réforme de la Constitution fédérale, RPT, réforme du financement des caisses de pension publiques, programme de consolidation 12/13 ou encore adoption d'une loi sur la participation des cantons à la politique extérieure de la Confédération.

Lors de la phase parlementaire, c'est la CdC ou les conférences spécialisées qui sont entendues par les commissions parlementaires. La légitimité des positions défendues est assurée puisque les délégations ont obtenu au préalable un mandat validé par les assemblées plénières. Ce lien direct entre élus des exécutifs cantonaux et parlementaires fédéraux est très apprécié dans cette phase importante, au cours de laquelle les cantons peuvent faire valoir leurs arguments.

La CdC prépare aussi, à l'intention des gouvernements cantonaux, des argumentaires que ces derniers peuvent soumettre à leur députation fédérale. Il arrive enfin que les commissions parlementaires consultent les cantons par le biais de la CdC sur des adaptations importantes de projets proposés par le Conseil fédéral, et cela dans des délais très brefs. Tôt intégrée dans les structures de projet sur les plans politiques et techniques, la CdC peut fournir les réponses appropriées.

Très logiquement, le contact avec les autorités fédérales passe fréquemment par la CdC. Le «dialogue confédéral», séance bisannuelle entre une délégation du Conseil fédéral et du Bureau de la CdC, permet d'aborder politiquement les principaux dossiers en cours. Une réunion entre le Bureau de la CdC et le Bureau du Conseil des Etats a également lieu deux fois par année. Enfin, la CdC organise un soir de chaque session parlementaire un «Stammtisch des cantons», consacré à un thème d'actualité politique. Des représentants des gouvernements cantonaux concernés par le thème choisi y rencontrent de manière informelle des membres du Conseil des Etats. Ces diverses rencontres régulières ont permis le développement d'une relation de confiance. Le temps où le Conseil des Etats voyait d'un mauvais œil le développement de la CdC est révolu.

Quand un accord n'est pas possible, les cantons peuvent en appeler au peuple. C'est le référendum des cantons qui n'a été utilisé qu'une seule fois, et avec succès, contre le «paquet fiscal fédéral» de 2004. Ce projet, qui aurait eu des conséquences financières très importantes pour les cantons, a pu être combattu grâce au travail de coordination effectué par la CdC (et par la Conférence des directrices et directeurs des finances).

Bilan et perspectives

En vingt ans d'existence, la CdC s'est affirmée comme un partenaire privilégié de la Confédération sur les dossiers de politique extérieure et les dossiers de politique intérieure à portée institutionnelle et transversale. Elle y est arrivée en structurant efficacement sa prise en main des dossiers, en clarifiant son rôle par rapport à celui des Conférences spécialisées, et en donnant une forte légitimité aux prises de position qu'elle adopte. Ce n'est pas l'institution d'un lobby des cantons mais bien un rééquilibrage indispensable de leur rôle institutionnel, en tant qu'entités ayant fondé la Confédération.

La CdC est une indispensable plate-forme politique permettant aux cantons d'échanger, de mieux se connaître, d'apprendre au contact des autres, mais aussi de formuler des propositions, de se montrer pro-actifs sur des sujets stratégiques. En d'autres termes de faire vivre le fédéralisme. A cet égard, la CdC jouera à n'en pas douter un rôle central dans les réflexions institutionnelles à mener dans notre pays: positionnement des cantons face à la tendance à la centralisation de compétences, rôle en matière de politique extérieure et les réformes internes qui y sont liées, péréquation financière et politique fiscale, relations entre régions rurales et urbaines ou encore réformes territoriales.

Epaulée par les autres conférences intercantionales, la CdC permet de rechercher et de trouver des consensus constructifs et bénéfiques à tous. A cet égard, des défis fondamentaux se profilent ces prochaines années, par exemple en lien avec l'évolution nécessaire du système de péréquation financière. Il s'agira de l'élaborer en ayant à la fois à l'esprit l'indispensable solidarité intercantonale – cruciale dans notre Etat –, et la compétitivité des régions les plus prospères qui s'exerce au bénéfice de l'ensemble du pays. Or, dans un contexte international incertain, en particulier dans nos relations avec l'Union européenne, cette prospérité n'est pas acquise à jamais.

En tant qu'éléments constitutifs de la Confédération, les cantons partagent avec elle les mêmes valeurs. Ils œuvrent également à la poursuite des buts fixés par l'article 2 de la Constitution fédérale, que ce soit en vue de protéger les libertés ou l'indépendance et la sécurité du pays ou encore de favoriser la prospérité, la cohésion et la diversité culturelle.

Les gouvernements cantonaux, en créant la CdC, se sont dotés d'un instrument leur permettant d'atteindre ces buts dans une approche partenariale avec la Confédération. Pour la CdC il s'agira toujours d'inscrire son action dans le respect des savants équilibres qui font la Suisse.

Den Föderalismus mit Leben erfüllen

PASCAL BROULIS, Regierungsrat (VD), Präsident der KdK

Den Föderalismus mit Leben erfüllen: Dies ist das Ziel der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK).

Als konstituierende Elemente der Eidgenossenschaft, an die sie einen Teil ihrer Souveränität übertragen haben, stehen die 26 Kantone im Zentrum des Föderalismus. In der Schweiz, die entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip durch einen Bottom-up-Ansatz gekennzeichnet ist, verfügen die Kantone als eine Art Mikrostaaten über eigene Kompetenzen und finanzielle Mittel. Sie erheben ihre eigenen Steuern, um damit zahlreiche Leistungen in unterschiedlichen und zentralen Bereichen wie Bildung, Gesundheit und öffentliche Sicherheit zu finanzieren.

Damit sie interne und internationale Herausforderungen effizient bewältigen können, müssen die Kantone in den Bereichen, für die sie selbst zuständig sind, weiterhin ihre Aufgaben wahrnehmen und innovative Strategien entwickeln. Der Föderalismus ist eine Art permanente Baustelle: Damit seine Innovationskraft erhalten werden kann, muss die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen laufend hinterfragt werden. Bei diesen Überlegungen sind die Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger zu berücksichtigen, die sich berechtigterweise einen leistungsfähigen und effizienten Staat wünschen, der nahe bei seinen Bürgerinnen und Bürgern ist und deren Bedürfnissen Rechnung trägt.

In einem Umfeld, das durch die Tendenz zu einer fortschreitenden Zentralisierung geprägt ist, geht es darum, einen dynamischen Föderalismus zu fördern. Ausserdem ist zu vermeiden, dass von einem Mitwirkungs-föderalismus zu einem blossen Vollzugsföderalismus übergegangen wird. Vor diesem Hintergrund fehlte es an einer strategischen Institution für die Behandlung von komplexen, bereichsübergreifenden Fragen. Eine Institution, die in der Lage ist, in einer ersten Phase die Information der Kantone zu gewährleisten, und die in der Folge eine sichere Meinungsbildung der Kantone und zu gegebener Zeit die Weiterleitung dieser Meinung auf die Bundesebene sicherstellen kann. Die KdK erfüllt diese Funktion; sie bezieht im Namen aller Kantonsregierungen Stellung und vertritt die konsolidierte Auffassung der Kantone gegenüber dem Bund.

Die KdK wurde am 8. Oktober 1993 im Anschluss an die Ablehnung des Europäischen Wirtschaftsraums durch Volk und Stände gegründet. Ursprünglich war sie in erster Linie dazu bestimmt, die Stellung der Kantone im Bereich der Aussenpolitik zu stärken. Doch rasch brachte sie sich auch in innenpolitische Themen von institutioneller und bereichsübergreifender Tragweite

ein. Dazu gehören die Reform der Bundesverfassung, die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), die Agglomerationspolitik und die Politik für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern.

Die KdK als massgebende politische Plattform für den Meinungsbildungsprozess zwischen den Kantonen

Die KdK hat nicht die Aufgabe, sich über die verschiedenen Konferenzen der kantonalen Direktorinnen und Direktoren (im Folgenden «Fachdirektorenkonferenzen») zu stellen. Noch weniger gehört es zu ihrem Bestimmungszweck, sich über den Kantonen zu positionieren. Sie hat vielmehr eine grundlegende Koordinationsfunktion zu erfüllen. Für die KdK geht es darum, so weit als möglich den Meinungsbildungsprozess der Kantone zu organisieren und den Stellungnahmen eine hohe Legitimität zu verleihen. Damit die Auffassungen der Kantone ein möglichst hohes Gewicht haben, ist insbesondere von Bedeutung, dass bei bundespolitischen Fragen allfällige unterschiedliche Meinungen der betreffenden interkantonalen Konferenzen vermieden werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, hat die KdK zwei bedeutende Projekte aufgegleist und umgesetzt: zum einen die Erarbeitung einer Rahmenordnung und zum anderen die Realisierung des «Hauses der Kantone» in der Bundeshauptstadt.

Die *«Rahmenordnung über die Arbeitsweise der KdK und der Direktorenkonferenzen bezüglich der Kooperation von Bund und Kantonen»* wurde 2001 verabschiedet, 2006 zum ersten Mal revidiert und 2012 erneut angepasst. Sie regelt die Zuweisung der Federführung der verschiedenen Geschäfte an eine bestimmte Konferenz sowie das Vorgehen bei der Erarbeitung einer konsolidierten Haltung der Kantone.

Diese Rahmenordnung weist der KdK die Aufgabe zu, gemeinsame Stellungnahmen der Kantone an die Adresse des Bundes zu erarbeiten. Damit eine gemeinsame Stellungnahme verabschiedet werden kann, müssen ihr mindestens 18 der 26 Kantonsregierungen zustimmen. Vorbehalten bleibt das Recht eines Kantons, eine abweichende Meinung zu äussern. Die Fachdirektorenkonferenzen können ebenfalls eine Stellungnahme erarbeiten, sofern nicht vorgesehen ist, dass dafür die KdK zuständig ist.

Diese scheinbar einfache Regelung beruht auf sehr umfangreichen technischen Arbeiten, die vom Sekretariat der KdK koordiniert werden. Diese Koordinationsfunktion besteht insbesondere darin, die Auffassungen der verschiedenen betroffenen Fachdirektorenkonferenzen im Vorfeld zu integrieren. Jede Fachdirektorenkonferenz kann einen Mitbericht einreichen, mit dem sie

sowohl den kantonalen Verwaltungen als auch der KdK die Auswirkungen einer Bundesvorlage aufzeigen kann. Die fortschreitende Professionalisierung der Sekretariate der verschiedenen Fachdirektorenkonferenzen ist für die Kantone eine Chance. Diese profitieren von detaillierten Analysen zu den verschiedenen Dossiers, die eine zunehmende Komplexität aufweisen.

Dank dieser Rahmenordnung ist es möglich, die Rollen klar festzulegen und den konsolidierten Stellungnahmen der Kantone eine hohe Legitimität zu verleihen. Diese Stellungnahmen sind indessen nicht für jeden einzelnen Kanton verbindlich. Das ist im Übrigen auch nicht wünschenswert. Die institutionelle Struktur unseres Landes besteht aus drei bewährten Ebenen, d.h. aus den Gemeinden, den Kantonen und dem Bund. Es geht also nicht darum, diese Struktur noch komplexer zu gestalten, indem zusätzliche Ebenen hinzugefügt werden. Die Kantone sind die prioritären Partner des Bundes und sollen dies auch bleiben.

Das *Haus der Kantone* an der Speichergasse 6 in Bern wurde am 1. Juli 2008 eingeweiht. Es bot ebenfalls die Gelegenheit, die Zusammenarbeit zwischen den Fachdirektorenkonferenzen auszubauen und das Erarbeiten von interkantonalen Standpunkten zu erleichtern. Aus der Zusammenführung der Sekretariate resultierten neue Synergien. Ausserdem ermöglicht das Haus der Kantone direktere Kontakte mit den eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern und mit der Bundesverwaltung. Dank diesem dichten Beziehungsnetz können politische und technische Fragen frühzeitig erkannt und behandelt werden. Dadurch konnte die Effizienz der Tätigkeit der Kantone beträchtlich gesteigert werden. Wie die KdK haben mittlerweile die wichtigsten interkantonalen Konferenzen ihren Sitz im Haus der Kantone: Dabei handelt es sich um die Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren, die Konferenz kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren, die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren, die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren, die Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren, die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren, die Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs, die Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz, die Konferenz Kantonaler Energiedirektoren und die Konferenz der kantonalen Forstdirektoren.

Die Sitzungsräume werden nicht nur von den interkantonalen Organen, sondern auch von den Kantonen selbst intensiv genutzt. Die Kantonsregierungen führen dort regelmässig Sitzungen durch, insbesondere anlässlich ihrer Treffen mit eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern.

Das von der KdK initiierte und realisierte Haus der Kantone ist ein Erfolg. Es unterstützt die Tätigkeit der Kantone und sorgt dafür, dass sie in Bundesbern vermehrt präsent sind und beachtet werden.

Die KdK als Interessenvertreterin der Kantone gegenüber dem Bund

Die KdK hat sich in allen Stadien der Entscheidungsfindung auf Bundesebene als unverzichtbare Partnerin des Bundes etabliert.

Im Stadium der Erarbeitung von Vorentwürfen, d.h. im Vorfeld des Entscheidungsprozesses, können gemeinsame Projektstrukturen des Bundes und der Kantone geschaffen werden. Dies betrifft die umfangreichen bereichsübergreifenden Dossiers wie beispielsweise die NFA. Dank diesen Strukturen, in denen die Kantone durch die KdK und die betreffenden Fachdirektorenkonferenzen vertreten sind, können die Herausforderungen frühzeitig erkannt werden. Ausserdem bieten solche Strukturen die Möglichkeit, die interne Entscheidungsfindung innerhalb der Kantone rechtzeitig vorzubereiten.

Auch ohne gemeinsame Projektstruktur können die Kantone über die KdK oder die Fachdirektorenkonferenzen in die Phase der Erarbeitung eines Vorentwurfs auf Bundesebene einbezogen werden, von dem sie speziell betroffen sind. So hat beispielsweise das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement im Jahr 2011 über die KdK eine Vorvernehmlassung der Kantone zur Teilrevision des Ausländergesetzes im Zusammenhang mit der Revision des Integrationsrechtes durchgeführt.

Während der Vernehmlassung zu einer Vorlage des Bundes erarbeitet die KdK auf Grundlage der Rahmenordnung Entwürfe für gemeinsame Stellungnahmen der Kantone. Im Bereich der Aussenpolitik ist die KdK für die Vorlagen zuständig, und sie nimmt insbesondere zu jedem Abkommen Stellung, das zwischen der Schweiz und der Europäischen Union geschlossen wird. In der Innenpolitik befasst sie sich mit Vorlagen von institutioneller und bereichsübergreifender Tragweite. Auch in diesem Bereich verleiht die Regel, dass mindestens 18 Kantonsregierungen vorgängig zustimmen müssen, den Stellungnahmen der KdK eine hohe Legitimität.

Konkret war die Rolle der KdK insbesondere bei der Entwicklung der folgenden Dossiers von entscheidender Bedeutung: Revision der Bundesverfassung, NFA, Reform der Finanzierung der öffentlichen Pensionskassen, Konsolidierungsprogramm 2012–2013 und Verabschiedung des Bundesgesetzes über die Mitwirkung der Kantone an der Aussenpolitik des Bundes.

Während der parlamentarischen Phase werden die KdK oder die Fachdirektorenkonferenzen von den parlamentarischen Kommissionen angehört. Dabei ist die Legitimität der vertretenen Auffassungen gewährleistet, da die Delegationen vorgängig ein von den Plenarversammlungen genehmigtes Mandat erhalten. Diese direkte Verbindung zwischen den Vertreterinnen und Vertretern der Kantonsregierungen und den eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern wird in dieser wichtigen Phase sehr geschätzt, in deren Verlauf die Kantone ihre Argumente geltend machen können.

Die KdK erarbeitet auch Argumentationskataloge für die Kantonsregierungen, die diese ihren Bundesparlamentarierinnen und -parlamentariern unterbreiten können. Schliesslich kommt es auch vor, dass parlamentarische Kommissionen über die KdK die Kantone zu wichtigen Anpassungen von Vorlagen konsultieren, die vom Bundesrat vorgeschlagen werden. Dies erfolgt innerhalb sehr kurzer Fristen. Wenn die KdK frühzeitig in die Projektstrukturen auf politischer und technischer Ebene einbezogen wird, kann sie die Anfragen angemessen beantworten.

Logischerweise erfolgt der Kontakt mit den Bundesbehörden häufig über die KdK. Der «Föderalistische Dialog», ein Forum für in der Regel zweimal jährlich stattfindende Gespräche zwischen einer Delegation des Bundesrates und dem Leitenden Ausschuss der KdK, ermöglicht die politische Behandlung der wichtigsten hängigen Geschäfte. Ausserdem findet zwei Mal jährlich ein Treffen zwischen dem Leitenden Ausschuss der KdK und dem Büro des Ständerates statt. Schliesslich organisiert die KdK während jeder Session der eidgenössischen Räte einen «Stammtisch der Kantone» zu einem aktuellen politischen Thema. In diesem Rahmen können vom jeweiligen Thema betroffene Vertreterinnen und Vertreter der Kantonsregierungen auf informeller Ebene mit Mitgliedern des Ständerates zusammentreffen. Dank diesen verschiedenen regelmässigen Zusammenkünften konnte ein Vertrauensverhältnis aufgebaut werden. Die Zeiten, in denen der Ständerat die Entwicklung der KdK kritisch verfolgte, sind damit definitiv vorbei.

Wenn keine Einigung erzielt werden kann, können die Kantone ans Volk gelangen. Dazu dient das Kantonsreferendum, auf das die Kantone bislang nur ein Mal zurückgegriffen haben: 2004 bekämpften sie mit diesem Instrument erfolgreich das «Steuerpaket des Bundes». Diese Vorlage, die für die Kantone sehr einschneidende finanzielle Konsequenzen bedeutet hätte, konnte dank der Koordinationsarbeit der KdK (und der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren) zum Scheitern gebracht werden.

Fazit und Perspektiven

Während der 20 Jahre ihres Bestehens hat sich die KdK bei aussenpolitischen Dossiers und bei innenpolitischen Themen von institutioneller und bereichsübergreifender Tragweite als bevorzugte Partnerin des Bundes etabliert. Diese Stellung hat sie sich sorgfältig erarbeitet, indem sie ihre Behandlung der Dossiers effizient strukturierte und ihre Rolle gegenüber jener der Fachdirektorenkonferenzen klar festlegte. Ausserdem hat sie dafür gesorgt, dass ihre Stellungnahmen eine hohe Legitimität aufweisen. Bei der Gründung der KdK ging es nicht darum, eine Lobby der Kantone zu schaffen. Das Ziel bestand vielmehr darin, die institutionelle Rolle der Kantone – d.h. der Gebietskörper-

schaften, welche die Eidgenossenschaft gegründet hatten – wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Die KdK ist eine unerlässliche politische Plattform, die den Kantonen die Möglichkeit gibt, sich auszutauschen, sich besser kennenzulernen, im Kontakt mit anderen Neues zu lernen, Vorschläge zu formulieren und bei Themen von strategischer Bedeutung ein proaktives Vorgehen zu gewährleisten. Mit anderen Worten dient die KdK dazu, den Föderalismus mit Leben zu erfüllen. In diesem Zusammenhang spielt die KdK zweifellos eine zentrale Rolle bei den institutionellen Überlegungen, die in unserem Land anzustellen sind: Positionierung der Kantone angesichts der Tendenz zur Zentralisierung der Zuständigkeiten, Rolle im Bereich der Aussenpolitik und bei den damit zusammenhängenden internen Reformen, Finanzausgleich und Steuerpolitik, Beziehungen zwischen ländlichen und städtischen Regionen oder Gebietsreformen.

In Zusammenarbeit mit den anderen interkantonalen Konferenzen schafft die KdK die Voraussetzungen dafür, dass einvernehmliche Lösungen gefunden und umgesetzt werden können, die für alle von Nutzen sind. In diesem Zusammenhang zeichnen sich in den nächsten Jahren grundlegende Herausforderungen ab, beispielsweise im Zusammenhang mit der notwendigen Weiterentwicklung des Systems für den Finanzausgleich. Bei der Weiterentwicklung des Finanzausgleichs ist sowohl der unerlässlichen Solidarität zwischen den Kantonen – die in unserem Staat von grundlegender Bedeutung ist – als auch der Wettbewerbsfähigkeit der wirtschaftlich stärksten Regionen Rechnung zu tragen, von der das ganze Land profitiert. Denn im ungewissen internationalen Umfeld, insbesondere bei unseren Beziehungen mit der Europäischen Union, sind diese wirtschaftliche Stärke und der damit verbundene Wohlstand nicht für ewige Zeiten gesichert.

Als konstituierende Elemente der Eidgenossenschaft vertreten die Kantone die gleichen Werte wie der Bund. Sie setzen sich ebenfalls für die Realisierung der Ziele ein, die in Artikel 2 der Bundesverfassung festgehalten sind, sei dies der Schutz der Freiheit und die Wahrung der Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes oder die Förderung der Wohlfahrt, des inneren Zusammenhalts und der kulturellen Vielfalt.

Mit der Gründung der KdK haben die Kantonsregierungen ein Instrument geschaffen, dank dem sie diese Ziele im Rahmen eines partnerschaftlichen Ansatzes mit dem Bund erreichen können. Für die KdK wird es immer darum gehen, ihre Tätigkeit unter Berücksichtigung der bewährten austarierten Gleichgewichte auszuüben, welche die Schweiz ausmachen.

Far vivere il federalismo

PASCAL BROULIS, Consigliere di Stato (VD), Presidente della CdC

Far vivere il federalismo. Questo è l'obiettivo della Conferenza dei governi cantonali (CdC).

I 26 Cantoni, in quanto entità costitutive della Confederazione alla quale hanno delegato parte della loro sovranità, sono al centro del federalismo. In una Svizzera, caratterizzata da un approccio che va dal basso verso l'alto secondo il principio di sussidiarietà, i nostri micro-Stati dispongono di competenze e di mezzi finanziari propri. Essi riscuotono le imposte per finanziare numerose prestazioni in settori tanto diversi quanto importanti come la formazione, la sanità o la sicurezza pubblica.

Per rispondere efficacemente alle sfide interne e internazionali, i Cantoni devono continuare ad assumersi le proprie responsabilità e a sviluppare strategie inventive negli ambiti di loro competenza. Preservare le capacità innovative di questo laboratorio permanente che è il federalismo implica una continua riflessione critica sulla ripartizione dei compiti tra la Confederazione e i Cantoni. Questa riflessione deve tenere conto delle aspirazioni delle cittadine e dei cittadini, che auspicano legittimamente uno Stato efficace ed efficiente, ma ugualmente vicino e attento ai loro bisogni.

Per promuovere un federalismo dinamico, mentre prosegue la tendenza alla centralizzazione, ed evitare di passare da un federalismo di partecipazione a un federalismo d'esecuzione, mancava un organo strategico in grado di trattare questioni trasversali complesse. Un organo capace di assicurare in un primo tempo l'informazione dei Cantoni e, in seguito, la formazione sicura della loro opinione e la sua trasmissione a livello federale a tempo debito. La CdC ricopre questa funzione, facendosi portavoce dei governi cantonali e difendendo nei confronti della Confederazione la loro posizione consolidata.

Creata l'8 ottobre 1993 a seguito del rifiuto da parte del popolo e dei Cantoni di aderire allo Spazio economico europeo, la CdC era in un primo tempo destinata a rafforzare la posizione dei Cantoni in materia di politica estera. Essa si è poi rapidamente attivata anche per i temi di politica interna di portata istituzionale e trasversale, tra cui la riforma della Costituzione federale, la nuova impostazione della perequazione finanziaria e della ripartizione dei compiti tra Confederazione e Cantoni (NPC), la politica degli agglomerati o quella dell'integrazione degli stranieri.

La CdC come piattaforma politica determinante per il processo di formazione dell'opinione tra i Cantoni

La CdC non intende porsi al disopra delle differenti conferenze delle direttrici e dei direttori cantonali (di seguito «conferenze specializzate») e men che meno al disopra dei Cantoni. Essa svolge un ruolo fondamentale di coordinamento. Si occupa di organizzare nel limite del possibile il processo di formazione dell'opinione dei Cantoni e di dotarne di forte legittimazione le prese di posizione. Per dare maggiore peso alla posizione dei Cantoni su un oggetto federale, occorre, infatti, evitare che vi siano eventuali opinioni divergenti tra le differenti conferenze intercantionali interessate.

Per arrivarci, la CdC ha avviato e portato a termine due grossi progetti: l'elaborazione di un regolamento quadro e la collocazione della «Casa dei Cantoni» nella capitale federale.

Il «*Regolamento quadro sul metodo di lavoro della CdC e delle Conferenze intercantionali dei direttori concernente la cooperazione tra la Confederazione e i Cantoni*» è stato approvato nel 2001, rivisto per la prima volta nel 2006 e adattato nuovamente nel 2012. Esso fissa le procedure determinanti per stabilire a quale conferenza attribuire la responsabilità dei differenti dossier, nonché le relative conseguenze.

Questo regolamento quadro affida alla CdC l'elaborazione delle prese di posizione comuni dei Cantoni all'attenzione della Confederazione. Per essere adottata, una presa di posizione comune deve essere approvata da almeno 18 governi cantonali su 26. È riservato il diritto di un Cantone di esprimere un parere divergente. Anche le conferenze specializzate possono elaborare una presa di posizione, a condizione che la stessa non competa alla CdC.

Quest'apparente semplicità poggia su un importante lavoro a livello tecnico, coordinato dal segretariato della CdC. Lavoro che consiste nell'integrare a monte i pareri delle differenti conferenze interessate. Ognuna di esse può presentare un co-rapporto che le permette di documentare le conseguenze di un progetto federale sia alle amministrazioni cantonali sia alla CdC. La professionalizzazione progressiva dei segretariati delle differenti conferenze rappresenta un'opportunità per i Cantoni, che beneficiano così di puntuali analisi su dossier di crescente complessità.

Questo regolamento quadro ha permesso di chiarire i ruoli e di dotare di forte legittimazione le posizioni consolidate dei Cantoni. Tuttavia, esse non s'impongono a ogni Cantone preso individualmente. Ciò non sarebbe d'altronde auspicabile. L'edificio istituzionale del nostro Paese si compone di tre solidi livelli politici, ossia i Comuni, i Cantoni e la Confederazione. Non si tratta di complicarlo ulteriormente aggiungendovene altri. I Cantoni sono e devono restare i partner prioritari della Confederazione.

La *Casa dei Cantoni*, inaugurata il 1 luglio 2008 e collocata in Speichergasse 6 a Berna, ha anche permesso di rafforzare le collaborazioni tra le Conferenze specializzate e ha facilitato l'emergere di posizioni intercantonali. Il raggruppamento dei segretariati ha creato nuove sinergie. Il contatto con la deputazione alle Camere federali e con l'amministrazione è più diretto. Questa densa rete di relazioni permette di anticipare le domande politiche e tecniche. L'efficacia dell'azione dei Cantoni ne è stata notevolmente rafforzata. Oggi, tutte le principali conferenze intercantonali sono allocate nella Casa dei Cantoni, accanto alla CdC: si tratta delle conferenze delle direttrici e dei direttori delle finanze, dell'economia pubblica, della pubblica educazione, di giustizia e polizia, della sanità, delle opere sociali, dei trasporti pubblici, delle pubbliche costruzioni, della pianificazione del territorio e dell'ambiente, dell'energia, nonché delle foreste.

Le sale riunioni sono molto utilizzate non solo dagli organi intercantonali, ma anche dai Cantoni stessi. I rispettivi governi vi si riuniscono, di fatto, regolarmente, soprattutto in occasione dei loro incontri con la deputazione federale.

Avviata e concretizzata dalla CdC, la Casa dei Cantoni è da ritenersi un successo. Essa rafforza l'azione dei Cantoni e conferisce loro maggior visibilità nella Berna federale.

La CdC in qualità di rappresentante degli interessi dei Cantoni verso la Confederazione

La CdC si è affermata come partner insostituibile della Confederazione, a ogni stadio di elaborazione delle decisioni.

Nella fase di elaborazione degli avamprogetti, ossia prima del processo decisionale, possono essere istituite delle strutture di progetti comuni tra Confederazione e Cantoni. Ciò concerne i grandi dossier trasversali, quali ad esempio la NPC. Queste strutture, in seno alle quali i Cantoni sono rappresentati dalla CdC e dalle conferenze specializzate coinvolte, permettono d'identificare con anticipo le sfide legate a determinati progetti e di elaborare per tempo delle prese di posizione interne.

Anche nel caso non vi sia una struttura di progetto comune, tramite la CdC o le conferenze specializzate, i Cantoni possono essere coinvolti nello stadio di elaborazione di un avamprogetto a livello federale che li concerne particolarmente. Ad esempio, nel 2011, il Dipartimento federale di giustizia e polizia, tramite la CdC, ha avviato una consultazione preliminare dei Cantoni sulla revisione parziale della legge federale sugli stranieri trattando la politica d'integrazione.

In fase di consultazione di un progetto federale, la CdC elabora i progetti di presa di posizione dei Cantoni, sulla base del regolamento quadro. Essa è responsabile dei progetti legati alla politica estera e, in particolare, prende posizione su ogni accordo siglato tra Svizzera e Unione europea. In ambito di politica interna, la CdC impugna i progetti di portata istituzionale e trasversale. Anche in questo caso, la regola dei 18 rafforza la legittimità delle prese di posizione della CdC.

Concretamente, il ruolo della CdC è stato decisivo nell'evoluzione dei seguenti dossier: la revisione della Costituzione federale, la NPC, la riforma del finanziamento delle casse pensioni pubbliche, il programma di consolidamento 2012/2013 e l'approvazione di una legge federale sulla partecipazione dei Cantoni alla politica estera della Confederazione.

Al momento della fase parlamentare, sono la CdC o le conferenze specializzate a essere ascoltate dalle commissioni parlamentari. La legittimità delle posizioni difese è assicurata, in quanto le delegazioni devono dapprima aver ottenuto un mandato avallato dall'assemblea plenaria. Il legame diretto tra i rappresentanti degli esecutivi cantonali e i parlamentari federali è molto apprezzato in questa importante fase, nel corso della quale i Cantoni possono far valere le loro argomentazioni.

Inoltre, la CdC allestisce, all'attenzione dei governi cantonali, delle argomentazioni che questi ultimi possono sottoporre alla loro deputazione federale. Capita infine che le commissioni parlamentari consultino i Cantoni, tramite la CdC, in merito a modifiche importanti dei progetti presentati dal Consiglio federale, e ciò con margini temporali molto stretti. Integrata tempestivamente nelle strutture di progetto su piani politici e tecnici, la CdC può fornire risposte appropriate.

Logicamente, il contatto con le autorità federali avviene spesso attraverso la CdC. Il «Dialogo confederale», un incontro che si svolge due volte all'anno tra una delegazione del Consiglio federale e il Comitato della CdC, permette di affrontare politicamente i principali dossier in corso. Sempre due volte l'anno, il Comitato della CdC incontra anche l'Ufficio del Consiglio degli Stati. Infine, la CdC organizza a ogni sessione parlamentare una serata «Stammtisch dei Cantoni», dedicata a un tema d'attualità politica, dove i rappresentanti dei governi cantonali interessati al tema possono incontrare in maniera informale i membri del Consiglio degli Stati. Questi incontri regolari hanno permesso l'instaurarsi di una relazione di fiducia; il periodo in cui il Consiglio degli Stati non vedeva di buon occhio la crescita della CdC è pertanto passato.

Nell'impossibilità di giungere a un accordo, i Cantoni hanno la facoltà di appellarsi al popolo. Si tratta del referendum dei Cantoni, finora lanciato in un'unica occasione, con successo, contro il «pacchetto fiscale federale» del

2004. Questo progetto, che avrebbe avuto conseguenze finanziarie molto importanti per i Cantoni, è stato contrastato grazie al lavoro di coordinamento svolto dalla CdC (e dalla Conferenza delle direttrici e dei direttori cantonali delle finanze).

Bilancio e prospettive

In vent'anni di esperienza, la CdC si è affermata come partner privilegiato della Confederazione sui dossier di politica estera e su quelli di politica interna a carattere istituzionale e trasversale. Vi è arrivata impostando efficacemente la gestione dei dossier, chiarendo il suo ruolo rispetto a quello delle Conferenze specializzate e dotando di forte legittimità le prese di posizione avallate. Non si tratta dell'istituzione di una lobby dei Cantoni, bensì di un riequilibrio indispensabile del loro ruolo istituzionale, in quanto entità fondatrici della Confederazione.

La CdC è un'indispensabile piattaforma politica che oltre a facilitare gli scambi e i contatti intercantionali permette ai Cantoni di formulare delle proposte e di mostrarsi proattivi su temi strategici; in altri termini, di far vivere il federalismo. In quest'ottica, la CdC avrà indubbiamente un ruolo centrale nelle future riflessioni istituzionali del nostro Paese: posizionamento dei Cantoni di fronte alla tendenza di centralizzazione delle competenze, ruolo in materia di politica estera e delle relative riforme interne, perequazione finanziaria e politica fiscale, relazioni tra regioni rurali e urbane, riforme territoriali.

Sostenuta dalle altre conferenze intercantionali, la CdC permette di cercare e di trovare consensi costruttivi e vantaggiosi per tutti. In quest'ottica, nei prossimi anni si profilano delle sfide fondamentali, ad esempio legate alla necessaria evoluzione del sistema di perequazione finanziaria. Occorrerà elaborarlo, tenendo presenti sia l'indispensabile solidarietà intercantionale – cruciale nel nostro Stato – sia la competitività delle regioni più prospere esercitata a beneficio dell'intero Paese. Prosperità che, nell'incertezza del contesto internazionale, in particolare delle nostre relazioni con l'Unione europea, non è da considerarsi acquisita per l'eternità.

I Cantoni, in quanto elementi costitutivi della Confederazione, ne condividono i valori e mirano al raggiungimento degli obiettivi fissati dall'articolo 2 della Costituzione federale, sia che si tratti di proteggere le libertà o l'indipendenza e la sicurezza del Paese, sia che si tratti di favorire la prosperità, la coesione e la diversità culturale.

I Governi cantonali, con la creazione della CdC, si sono dotati di uno strumento che permette loro di raggiungere questi obiettivi in un approccio di

partenariato con la Confederazione. La CdC dovrà sempre impostare le proprie azioni nel rispetto dei validi equilibri che caratterizzano la Svizzera.

Dar vita al federalissem

PASCAL BROULIS, cusseglier guvernativ (VD), president da la CdC

Dar vita al federalissem: Quai è la finamira da la Conferenza da las regenzas chantunalas (CdC).

Sco elements constitutivs da la Confederaziun, a la quala els han surdà ina part da lur suveranità, stattan ils 26 chantuns en il center dal federalissem. En Svizra, ch'è – tenor il princip da subsidiarità – caracterisada dal princip da «bottom up», disponan ils chantuns – sco ina spezia da microstadis – d'atgnas competenzas e d'agens meds finansials. Els incasseschan lur atgnas taglias per financiar uschia diversas prestaziuns en differents secturs centrals sco la furmaziun, la sanadad e la segirezza publica.

Per ch'els possian dumagnar effiziamain sfidas internas ed internaziunalas ston ils chantuns ademplir vinavant lur incumbensas e sviluppar strategias innovativas per quels secturs, per ils quals els èn sezs responsabels. Il federalissem è ina spezia d'in plazzal permanent: Per che sia forza innovativa possia vegnir mantegnida sto la repartiziun da las incumbensas tranter la Confederaziun ed ils chantuns vegnir messa adina puspè en dumonda. Tar questas ponderaziuns ston las ideas da las burgaisas e dals burgais vegnir resguardadas. La populaziun sa giavischa cun dretg in stadi effizazi che ha la capacitad da prestaziun correspondent, ch'è favuraivel a sias burgaisas ed a ses burgais e che tegna quint da lur giavischs.

En quests conturns ch'èn caracterisads da la tendenza ad ina centralisaziun cuntinuanta vali da promover in federalissem dinamic. Ultra da quai stoi vegnir evità ch'i vegnia midà d'in federalissem cooperativ ad in federalissem puramain executiv. En quest senn mancava ina instituziun strategica per tractar dumondas complexas ed interdisciplinaras. Ina instituziun ch'è en cas da garantir en in'emprima fasa l'infurmaziun dals chantuns e ch'è en cas da garantir en ina segunda fasa ch'i dettia in process da la furmaziun d'opiniun dals chantuns e che l'opiniun chattada vegnia transferida a temp util al plaun federal. La CdC ademplescha questa funcziun; ella prenda posiziun en num da tut las regenzas chantunalas e defenda l'opiniun consolidada dals chantuns visavi la Confederaziun.

La CdC è vegnida fundada ils 8 d'october 1993 suenter ch'il spazi economic europeic è vegnì refusà dal pievel e dals chantuns. Oriundamain era sia funcziun en emprima lingia quella da rinforzar la posiziun dals chantuns en il sector da la politica exteriura. Ma bainbaud è ella er sa fatga valair en temas da la politica interna d'ina impurtanza instituziunala ed interdisciplinara. Latiers tutgan la refurma da la Constituziun federala, la Nova concepziun da la golvaziun da finanzas e da la repartiziun da las incumbensas tranter la

Confederaziun ed ils chantuns (NGF), la politica d'aglomeraziun e la politica davart l'integraziun da personas estras.

La CdC sco plattafurma politica decisiva per il process da la furmaziun d'opiniun tranter ils chantuns

La CdC n'ha betg l'incumbensa da sa metter sur las differentas conferenzas da las directuras chantunalas e dals directurs chantunals (numnadas qua sutvart «conferenzas specificas»). Anc main tutgi tar ses intent da sa posiziuinar sur ils chantuns. Anzi, ella ha d'ademplier ina funcziun fundamentala da coordinaziun. Per la CdC sa tracti d'organisar uschè bain sco pussaivel il process da la furmaziun d'opiniun dals chantuns e da dar ina gronda legitimitad a lur posiziuns. Per che las opiniuns dals chantuns hajan ina paisa uschè gronda sco pussaivel èsi oravant tut impurtant d'evitar che las conferenzas interchantunalas respectivas hajan en dumondas dalla Confederaziun eventualmain opiniuns divergentas.

Per cuntanscher questa finamira ha la CdC instradà e realisà dus projects impurtants: per l'ina l'elavuraziun d'in Urden da basa e per l'autra la realisaziun da la «Chasa dals chantuns» en la chapitala federala.

Il «*Urden da basa davart la moda da lavurar da la CdC e da las conferenzas da directuras e da directurs concernent la cooperaziun da la Confederaziun e dals chantuns*» è vegni deliberà l'onn 2001, revedi per l'emprima giada l'onn 2006 ed adattà danovamain l'onn 2012. El regla l'attribuziun da la responsabladad da las differentas fatschentas ad ina tscherta conferenza sco er il proceder tar l'elavuraziun d'ina tenuta consolidada dals chantuns.

Quest Urden da basa attribuescha a la CdC l'incumbensa d'elavurar posiziuns cuminaivlas dals chantuns a l'adressa da la Confederaziun. Per ch'ina posiziun cuminaivla possia vegnir deliberada sto ella vegnir approvada d'almain 18 da las 26 regenzas chantunalas. Resalvà resta il dretg d'in chantun d'exprimer in'opiniun divergenta. Las conferenzas specificas pon er elavurar ina posiziun, nun ch'i saja previs che la CdC è cumpetenta per quai.

Questa regulaziun apparentamain simpla sa basa sin lavurs tecnicas fitg vastas che vegnan coordinadas dal Secretariat da la CdC. Questa funcziun da coordinaziun consista en spezial da l'incumbensa d'integrar las opiniuns da las differentas conferenzas specificas pertutgadas. Mintga conferenza specifica po inoltrar in cunrapport, cun il qual ella po render attent tant las administraziuns chantunalas sco er la CdC a las consequenzas d'in project federal. La professionalisaziun cuntinuanta dals secretariats da las differentas conferenzas specificas è ina schanza per ils chantuns. Quels profitan d'analisi detagliadas dals differents dossiers che daventan adina pli cumplexs.

Grazia a quest Urden da basa èsi pussaivel da fixar cleramain las rollas e da dar ina gronda legitimitad a las posiziuns consolidadas dals chantuns. Questas posiziuns n'èn dentant betg liantas per mintga singul chantun. Quai n'è dal rest er betg giavischabel. La structura instituziunala da noss pajais sa cumpona da trais plauns ch'èn sa cumprovads, q.v.d. da las vischnancas, dals chantuns e da la Confederaziun. I na sa tracta pia betg da render questa structura anc pli complexa cun agiuntar ulteriurs plauns. Ils chantuns èn ils partenaris prioritars da la Confederaziun e duain er restar quai.

La *Chasa dals chantuns* a la Speichergasse 6 a Berna è vegnida inaugurada il 1. da fanadur 2008. Ella ha er dà l'ocasiun d'extender la collavuraziun tranter las conferenzas specificas e da facilitar l'elavuraziun da puntgs da vista interchantunals. Cun fusiunar ils secretariats èn resultadas novas sinergias. Ultra da quai permetta la Chasa dals chantuns contacts pli directs cun las parlamentarias ed ils parlamentaris federals e cun l'administraziun federala. Grazia a questa spessa rait da relaziuns pon dumondas politicas e tecnicas vegnir realisadas e tractadas ad ura. Uschia ha l'effizienz da l'activitad dals chantuns pudì vegnir augmentada considerablmain. Sco la CdC han en il fratemp las conferenzas interchantunals las pli impurtantas lur sedia en la Chasa dals chantuns. I sa tracta da la Conferenza da las directuras e dals directurs chantunals da finanzas, da la Conferenza dals directurs chantunals da l'economia publica, da la Conferenza svizra da las directuras e dals directurs chantunals da l'educaziun publica, da la Conferenza da las directuras e dals directurs chantunals da giustia e polizia, da la Conferenza svizra da las directuras e dals directurs chantunals da sanadad, da la Conferenza da las directuras e dals directurs chantunals dals affars socials, da la Conferenza dals directurs chantunals dal traffic public, da la Conferenza svizra dals directurs da construcziun, da planisaziun e da protecziun da l'ambient, da la Conferenza dals directurs chantunals d'energia e da la Conferenza dals directurs chantunals forestals.

Ils locals per las sesidas na vegnan betg mo duvrads intensivamain dals organs interchantunals, mabain er dals chantuns sezs. Las regenzas chantunals salvan là regularmain sesidas, en spezial a chaschun da lur scuntradas cun parlamentarias e parlamentaris federals.

La Chasa dals chantuns – iniziada e realisada da la CdC – è in success. Ella sustegna l'activitad dals chantuns e gida ch'els èn pli preschents tar la Confederaziun e ch'els vegnan resguardads là pli fitg.

La CdC sco represchentanta dals interess dals chantuns envers la Confederaziun

En tut ils stadis da la procedura da decisiun sin plaun federal è la CdC s'establida sco partenaria indispensabla da la Confederaziun.

En il stadi da l'elavuraziun da sbozs preliminars, q.v.d. avant ch'ils process da decisiun èn gia en curs, pon vegnir stgaffidas structuradas da project cuminaivlas da la Confederaziun e dals chantuns. Quai pertutga ils dossiers voluminos ed interdisplinars sco per exempel la NGF. Grazia a questas structuradas, en las qualas ils chantuns èn represchentads tras la CdC e tras las conferenzas specificas correspundentas pon las sfidas vegnir percepidas a temp. Ultra da quai porschan talas structuradas la pussaivladad da preparar ad ura la procedura interna da decisiun a l'intern dals chantuns.

Er senza ina structura da project cuminaivla pon ils chantuns vegnir integrads sur la CdC u sur las conferenzas specificas en la fasa da l'elavuraziun – sin plaun federal – d'in sboz preliminar, dal qual els èn pertutgads spezialmain. Uschia ha per exempel il Departament federal da giustia e polizia fatg l'onn 2011 sur la CdC – en connex cun la revisiun dal dretg d'integraziun – ina consultaziun preliminar dals chantuns tar la revisiun parziala da la Lescha federala davart las personas estras.

Durant la procedura da consultaziun tar in project da la Confederaziun ha la CdC elavurà – sin fundament da l'Urden da basa – sbozs per posiziuns cuminaivlas dals chantuns. En il sector da la politica exteriura è la CdC responsabla per ils projects, ed ella prenda en spezial posiziun tar mintga cunvegna che vegn fatga tranter la Svizra e l'Uniun europeica. Tar la politica interna s'occupa ella da projects che han ina impurtanza instituziunala ed interdisplinara. Er en quest sector dat la regla, che almain 18 regenzas chantunalas ston dar ordavant lur consentiment en chaussa, ina gronda legitimitad a las posiziuns da la CdC.

Concretamain era la rolla da la CdC d'impurtanza decisiva oravant tut tar il svilup dals suandants dossiers: revisiun da la Constituziun federala, NGF, refurma da la finanziaziun da las cassas da pensiun publicas, Program da consolidaziun 2012–2013 e deliberaziun da la Lescha federala davart la participaziun dals chantuns a la politica exteriura da la Confederaziun.

Durant la fasa parlamentara vegnan la CdC u las conferenzas specificas consultadas da las cumissiuns parlamentaras. En quest connex è garantida la legitimitad da las opiniuns represchentadas, perquai che las delegaziuns survegnan ordavant in mandat ch'è approvà da las radunanzas plenaras. Questa colliaziun directa da las represchentantas e dals represchentants da las regenzas chantunalas cun las parlamentarias ed ils parlamentariss federalis

vegn stimada fitg en questa fasa decisiva, durant la quala ils chantuns pon far valair lur arguments.

La CdC elavura er catalogs d'argumentaziun per las regenzas chantunalas che quellas pon suttametter a lur parlamentarias e parlamentariss federalas. La finala poi er esser che cumissiuns parlamentaras consulteschan sur la CdC ils chantuns davart adattaziuns impurtantas da projects che vegnan proponids dal Cussegl federal. Quai capita entaifer terminis fitg curts. Sche la CdC vegn integrada a temp en las structures dal project sin plaun politic e tecnic, po ella responder adequatamain las dumondas.

Igl è logic ch'il contact cun las autoritads federalas vegn stabili savens sur la CdC. Il «Dialog federalistic», in forum per discurs che han lieu per regla duas giadas l'onn tranter ina delegaziun dal Cussegl federal ed il Comité directiv da la CdC, permetta da tractar politicamain las fatschentas pendentas las pli impurtantas. Ultra da quai sa scuntran duas giadas l'onn il Comité directiv da la CdC ed il Biro dal Cussegl dals chantuns. Finalmain organisescha la CdC durant la sessiun da las Chombras federalas ina «Canorta dals chantuns», nua ch'i vegnan tractads temas politics actuals. En quest rom pon sa scuntrar informalmain represchentantas e represchentants da las regenzas chantunalas ch'èn mintgamai pertutgadas dal tema respectiv cun commembras e commembers dal Cussegl dals chantuns. Grazia a questas differentas scuntradas regularas ha pudì vegnir creada ina relaziun da confidenza. Ils temps, durant ils quals il Cussegl dals chantuns ha persequità il svilup da la CdC cun egl critic èn pia passads definitivamain.

Sch'i na po betg vegnir cuntanschì in consentiment, pon ils chantuns sa drizzar al pievel. A quai serva il referendum dals chantuns, il qual ils chantuns han fin ussa duvrà mo ina suletta giada: l'onn 2004 han els cumbatti cun success cun quest instrument cunter il «pachet fiscal da la Confederaziun». Quest project che avess gi consequenzas finanzialas fitg rigurusas per ils chantuns ha pudì vegnir terrà grazia a la lavur da coordinaziun da la CdC (e da la Conferenza da las directuras e dals directurs chantunals da finanzas).

Facit e perspectivas

Durant ils 20 onns da sia existenza è la CdC s'establida sco partenaria preferida da la Confederaziun en connex cun dossiers da la politica exteriura ed en connex cun temas da la politica interna ch'èn d'ina impurtanza instituziunala ed interdisciplinara. Questa posiziun è ella s'elavurada cun premura cun estructurar effizientamain il tractament dals dossiers e cun fixar cleramain sia rolla envers quella da las conferenzas specificas. Ultra da quai ha ella guardà che sias posiziuns hajan ina gronda legitimitad. Cun fundar la CdC na sa trac-

tavi betg da crear ina lobi dals chantuns. Anzi, la finamira era plitgusch quella da metter puspè en equiliber la rolla instituziunala dals chantuns – q.v.d. da las corporaziuns territorialas che avevan fundà la Confederaziun svizra.

La CdC è ina plattafurma politica indispensabla che dat als chantuns la pussaivladad da barattar ideas ed opiniuns, d’emprender meglier ad enconuscher in l’auter, d’emprender chaussas novas en il contact cun ils auters chantuns, da formular propostas e da garantir in agir proactiv tar temas d’impurtanza strategica. Cun auters plets: la CdC serva a dar vita al federalissem. En quest connex gioga la CdC senza dubi ina rolla centrala tar ponderaziuns instituziunalas che ston vegnir fatgas en noss pajais: posiziunament dals chantuns en vista a la tendenza da centralisar las cumpetenzas, rolla en il sectur da la politica exteriura e tar las refurmas internas che dependan da quai, gulivaziun da finanzas e politica fiscala, relaziuns tranter regiuns ruralas e regiuns urbanas u refurmas dal territori.

En collavuraziun cun las autras conferenzas interchantunalas creescha la CdC las premissas per chattar e per realisar soluziuns consensualas, da las qualas tuts pon profitar. En quest connex sa mussan ils proxims onns sfidas fundamentalas, per exempel en connex cun sviluppar il sistem necessari da la gulivaziun da finanzas. Cun elavurar vinavant la gulivaziun da finanzas stoi vegnir tegnì quint tant da la solidaritad indispensabla tranter ils chantuns – ch’è d’ina impurtanza fundamentala per noss stadi – sco er da la cumpetitivitad da las regiuns economicamain las pli fermas, da las qualas profita tut la Svizra. Perquai che en ils conturns internaziunals intscherts, particularmain en nossas relaziuns cun l’Uniun europeica, n’èn questa forza economica ed il bainstar ch’è collià cun tala betg garantids per adina.

Sco elements constitutivs da la Confederaziun represchantan ils chantuns las medemas valurs sco la Confederaziun. Els s’engaschan er per realisar las finamiras ch’èn fixadas en l’artigel 2 da la Constituziun federala, saja quai la protecziun da la libertad ed il mantegniment da l’independenza e da la segirezza dal pajais u la promoziun da la prosperitad, da la coesiun interna e da la varietad culturala.

Cun fundar la CdC han las regenzas chantunalas creà in instrument, grazia al qual ellas pon cuntanscher questas finamiras en il rom d’ina collavuraziun collegiala cun la Confederaziun. Per la CdC vegni adina a sa tractar d’agir resguardond ils equilibers cumprovads che caracteriseschan la Svizra.